WP-4-230-3 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Roman Guski (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 229 bis 231 einfügen:
und des Antisemitismus nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 andererseits – benötigen zivilgesellschaftliche Projekte mehr Unterstützung und Finanzierung. Wir betrachten Antisemitismusprävention als eine langfristige und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb setzen wir auf die verlässliche Förderung etablierter, anerkannter und fachlich qualifizierter Träger der Antisemitismusprävention statt auf kurzfristige, befristete Projektförderungen. Der Schutz von jüdischen und als israelsolidarisch gelesenen Orten, einschließlich nichtreligiöser

Begründung

In Berlin gab es gravierende Vorwürfe gegen den früheren Kultursenator sowie Mitglieder der Berliner CDU-Fraktion, wonach Fördermittel in Millionenhöhe aus einem Sonderetat zur Antisemitismusprävention nach unklaren Kriterien, unter parteipolitischem Einfluss und ohne ausreichend transparente sowie haushaltsrechtlich nachvollziehbare Verfahren vergeben worden seien. Diese Vorgänge werden parlamentarisch aufgearbeitet und öffentlich diskutiert, da sie grundlegende Fragen von Transparenz, demokratischer Kontrolle und der Wirksamkeit staatlicher Präventionspolitik berühren.

Zugleich blieben erhebliche Mittel zur Förderung von Projekten gegen Antisemitismus aufgrund organisatorischer Defizite ungenutzt. Fördermittel sind daher nicht angekommen, wo sie benötigt werden. Dies verdeutlicht, dass kurzfristige, projektförmige Förderlogiken den langfristigen Anforderungen wirksamer Antisemitismusprävention nicht gerecht werden.

Antisemitismusprävention ist eine dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie erfordert Kontinuität, fachliche Expertise, institutionelle Stabilität und langfristige Vertrauensbeziehungen zu Bildungseinrichtungen, Zivilgesellschaft und Betroffenen. Eine verlässliche Förderung schafft Planbarkeit, Professionalität und Unabhängigkeit – sowohl für die Träger als auch für die Zielgruppen ihrer Arbeit.

Durch die gezielte Stärkung etablierter und anerkannter Einrichtungen der historisch-politischen Bildung und Antisemitismusprävention wird nachhaltige Präventionsarbeit ermöglicht und zugleich verhindert, dass Fördermittel in kurzlebige und potenziell intransparente Strukturen fließen. Dies erhöht die Wirksamkeit staatlicher Antisemitismusprävention und stärkt das Vertrauen in die Förderpraxis. Darüber hinaus sollen projektbezogene Förderungen nach klaren, transparenten und nachvollziehbaren Kriterien vergeben werden.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Sonja Heinzen (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Sebastian Brux (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)